

Zukunft der BaFin

"Bonn in die Regierung" = Bonnerinnen und Bonner nach Frankfurt?

CDU und FDP im NRW-Landtag verhindern Bekenntnis zur Bankenaufsicht in Bonn

Bonn – „Mit soviel schwarz-gelber ‚Ehrlichkeit‘ hätte ich vor der Landtagswahl im Mai 2010 gar nicht gerechnet“, kommentiert der SPD-Ratsherr in der Bonner Nordstadt, Felix von Grünberg, die gestrige Landtagsdebatte zur Zukunft der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin). Dort hatte die CDU/FDP-Mehrheit den Antrag der Bonner Landtagsabgeordneten Renate Hendricks, das „Know-How“ der Bankenaufsicht bei der BaFin in Bonn zu erhalten, abgebügelt und dabei ein erstaunliches Maß an Zynismus an den Tag gelegt.

Die Zugfahrt von Bonn nach Frankfurt, wohin nach dem Willen der schwarz-gelben Koalitionäre die Bankenaufsicht verlegt werden soll, dauere 35 Minuten. Das sei in etwa so lang wie eine Straßenbahnfahrt innerhalb Düsseldorfs und insofern doch zumutbar, erklärte Robert Orth (FDP) – offenbar in der Annahme, die Bonner BaFin-Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wohnen am Siegburger Bahnhof und arbeiten dann am Bahnhof Frankfurt/Flughafen. „So sieht also ‚Bonn in die Regierung‘ aus“, kommentiert von Grünberg mit Blick auf die Wahlkampagne von FDP-Chef Guido Westerwelle. „Und die Bonner CDU-Abgeordneten Stahl und Lorth sind entweder nicht willens oder nicht in der Lage im Landtag ihre Stimme für unsere Stadt und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der BaFin zu erheben. Die Bonner CDU duckt sich damit einfach weg. Das nenne ich soziale Kälte!“

Darüber hinaus betonen sowohl von Grünberg als auch Hendricks, dass mit einem Umzug auch einer effektiven Bankenaufsicht kaum geholfen wäre. "Leider ist die Debatte im Landtag von CDU und FDP weniger unter fachlichen Gesichtspunkten geführt worden, als von Vorurteilen geprägt gewesen", stellt Hendricks fest. „Viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden sich nach anderen Jobs in der Region umsehen. Der Bankenaufsicht und damit der BaFin werden damit die erfahrenen und hochqualifizierten Bonner Bankaufseher verloren gehen. Das können wir uns nicht leisten in der Krise. Wir brauchen deren Expertise, um die Allfinanzaufsicht effektiver zu gestalten und aus der Krise zu lernen und das europaweit“, so die beiden SPD-Politiker.

Ansprechpartner: **SPD Bonn-Nord**
c/o Peter Kox
Graurheindorfer Str. 12
53111 Bonn
Tel.: 02 28 / 280 89 81
www.spd-bonn-nord.de